

Freidenker

zwischen Rhein und Saar

Mitteilungsblatt

des Landesverbandes Rheinland-Pfalz / Saarland

8. Mai - 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus



sowjet. Ehrenmal, Treptower Park, Berlin

immer: **Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!**

8. Mai 1945 – der deutsche Faschismus ist durch die Truppen der Anti-Hitler-Koalition militärisch zerschlagen. Die Völker Europas waren befreit. Unermesslich waren die Opfer der Völker der Sowjetunion und der Roten Armee; sie trugen die Hauptlast des 2. Weltkrieges.

Das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park, Berlin, symbolisiert diesen Großen Vaterländischen Krieg, die Opfer, die Trauer; die Säule mit dem Sowjetsoldaten mit dem Kind steht für den Sieg, die Zerschlagung des Faschismus und die Rettung der Menschen vor der Barbarei.

70 Jahre danach gilt noch

-----Heft 1 / April 2015----

Verantw. f. d. Inhalt: DVF-RPS,

E-Mail: dfv-rps@t-online.de

Karin Gottlieb, Frinkenstr. 9, 55743 Idar-Oberstein, Tel: 06781/1685

Rainer Dörrenbecher, Adlersbergstr. 39, 66540 Neunkirchen, Tel: 06821/52439

Bankverbindung: KSK Birkenfeld Kt. Nr. 61255BLZ 56250030

Liebe Freidenker Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde!

Das Netzwerk Friedenskooperative zieht eine positive Bilanz der rund **80 Ostermärsche und Aktionen 2015**. Bundesweit gingen auch in diesem Jahr wieder viele Tausend Menschen für den Frieden auf die Straße.

An unserer **Jahresmitgliederversammlung** am 22. Febr. nahmen 17 Mitglieder des Landesverbands und der Verbandsvorsitzende Klaus Hartmann teil. Die vorangegangene Informations- und Diskussionsveranstaltung „Der Westen und Russland und andere Krisen“ mit Rainer Rupp als Referenten fand etwa doppelt so viele Interessenten.

Der Rainer Rupp informierte sachkundig über drei „Brennpunkte“ der aktuellen Politik, soweit dies Europa betrifft: den Islamischen Staat Irak und Syrien, die finanzpolitischen Auseinandersetzungen um Griechenland und den Euro und der Westen und Russland, den Hauptteil. Eine Wiedergabe des Vortrages und der ebenfalls interessanten Diskussion ist hier nicht möglich.

Zu Beginn der JahresMV gedachten die Anwesenden des verstorbenen Freidenkers Klaus Müller.

Die Landesvorsitzende Monika Krotter-Hartmann informierte über verschiedene Aktivitäten des vergangenen Jahres, u.a.: Teilnahme an den Ostermärschen und Verteilung des Flugblatts des Vorstandes „Der Aggressor heißt NATO“; das Seminar in dem Weingut Eicher mit dem Referenten Rainer Rupp und der Referentin Susann Witt-Stahl. Zur Arbeit des Vorstandes stellte Monika dar, dass dringend weitere Kräfte notwendig sind. So hat Heinz Klein seine Bereitschaft zur Mitarbeit als Schriftführer erklärt und Wilfried Rommel seine Bereitschaft erklärt, in Zukunft die Kassenführung zu übernehmen.

Beide wurden einstimmig gewählt; Karin Gottlieb als Kassierererin einstimmig entlastet.

Der „Linke Liedersommer 2015“ wird gemeinsam getragen von den DFV-Landesverbänden Rhld.-Pfalz/Saar, Hessen, Baden-Württemberg, NRW und Niedersachsen. Die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ ist wegen inhaltlicher Differenzen ausgestiegen. Karin Gottlieb will sich mit der Jenny-Marx-Gesellschaft in Verbindung setzen um eine Veranstaltung zu dem Film „verboten, verfolgt, vergessen“ in Idar-Oberstein vorzubereiten. Der Film zeigt die politische Verfolgung der Opfer des Kalten Krieges in der BRD. Auch ein politisches Wochenend-Seminar ist wieder geplant, eventuell an anderem Ort.

Eine ausführliche Aussprache gab es zum Thema Jugendfeier. Für das Jahr 2015 konnte kein Kurs vorbereitet werden. Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, um für 2016 einen Kurs vorzubereiten und durchzuführen.

mit freidenkerischen Grüßen

Rainer Dörrenbecher

**Die Waffen nieder! Auslandseinsätze stoppen! Keine Kampf-
drohnen! Waffenexporte verbieten! Bundeswehr raus aus den
Schulen! Verhandeln statt schießen!**



Unter diesen Losungen fand in diesem Jahr der „Ostermarsch Saar“ in Saarbrücken statt. Mehr als 150 Ostermarschierer_innen trotzten dem Dauerregen. Auf einer Zwischenkundgebung verlas Thomas Hagenhofer als Sprecher des „FriedensNetz Saar“ den Aufruf von „ Büchel blockieren – Zivilen Ungehorsam leisten“. Das Aktionsbündnis ruft auf zu 65 Tagen gewaltfreie Blockaden. Auf der Abschlusskundgebung forderte Otmar Steinbicker, Journalist und Herausgeber des Aachener Friedensmagazins aixpaix.de eine grundsätzliche Änderung der sog. Sicherheits- und der Außenwirtschaftspolitik; bezogen auf die Ukraine heißt das: keine Provokationen der NATO, keine Aufrüstung der Ukraine, verhandeln statt schießen!
Ein weiterer Ostermarsch fand in Mainz statt.

Fliegerhorst Büchel - vermutlich der einzig verbliebene Atomwaffenstandort in Deutschland

Der Luftwaffenstützpunkt (Bundeswehr-Fliegerhorst) bei Büchel ist seit 2004 vermutlich der einzige Militärstandort auf deutschem Boden, in dem Atomwaffen stationiert sind. Diese befinden sich im Besitz der USA. Der kleine Ort Büchel liegt in der Südeifel zwischen Koblenz und Trier, 13 km nördlich der als Tourist_innen-Hochburg bekannten Stadt Cochem an der Mosel.

Seit 26. März bis 29. Mai, 65 Tage gewaltfreie Blockaden, seitdem finden täglich Blockaden des Atomwaffenlagers statt. Über die Blockaden an den Ostermarschtage wurde auch in regionalen Medien berichtet.

Am 26. März 2010 forderte der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit die Bundesregierung dazu auf, sich in der NATO und direkt bei den USA für den Abzug der letzten noch auf deutschem Boden verbliebenen Atomwaffen einzusetzen. Seitdem ist nichts passiert – außer, dass die A-Waffen gegen die neue Generation ausgetauscht wurde.

Das „FriedensNetz Saar“ ruft die saarländischen A-Waffen-Gegner auf zur Blockade am 4. Mai!

den Rassisten widerstehen! – immer! – gemeinsam und auch allein!

Saarbrücken – Sulzbach – Neunkirchen – Völklingen – und anderswo
Angestachelt von den „Erfolgen“ der Pegida in Dresden u. anderen Großstädten, versuchten auch im Saarland Rassisten und Neofaschisten Anhänger zu mobili-



Saarbrücken, 12. Januar, 9.000 demonstrierten versuchten sie wie in Dresden eine monatliche Dauerveranstaltung. Das misslang. Dann zogen sie in andere saarländ. Städte, wohl in der Hoffnung, dort auf keinen Widerstand zu treffen.



Sulzbach, 3. März, 500 bei der Kundgebung zunächst antirassistische Aktivitäten abgelehnt. Die Kundgebungsteilnehmer_innen wussten zu unterscheiden zwischen den Pflicht-Reden der Staatsvertreter_innen und den Beiträgen engagierter Antifaschist_innen.

sieren. Als „Saarland gegen Salafisten“ (Sagesa) oder auch „Sagida“, je nachdem wie NPD nahe, führten die Rassisten ihre Aufmärsche durch. Bei all ihren Aktionen blieben die Rassisten weit unter ihren erwarteten Teilnehmerzahlen. Zum Schluss in Völklingen waren sie noch ein Dutzend – eins zu viel. In Saarbrücken

Breite Aktionsbündnisse fanden sich unter der Losung „bunt statt braun – für Miteinander der Kulturen“ zusammen, z.T. unterstützt von Stadtverwaltungen. Auf den Kundgebungen gab es politische Beiträge gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit auch Reden Offizieller, bis zur Ministerpräsidentin in Saarbrücken. Diese hatte

In Neunkirchen konnte ich selbst sprechen für das „Neunkircher Forum für Freiheit, Demokratie und Antifaschismus“. Unter anderem sagte ich: „Im GG, Artikel 9, Absatz 2 heißt es verkürzt zitiert: „Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeit ... sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.“



deren Tätigkeit ... sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.“

Ich frage Sie, wieso dürfen Nationalisten, Rassisten, Antisemiten und Neofaschisten genau dies tun, öffentlich? Wieso hat der Deutsche Bundestag in seinen 65 Jahren es

nicht geschafft, Gesetze zu verabschieden, nach denen jeglicher öffentlicher Rassismus verboten ist? Es ist schon schlimm, dass Menschen die Angehörigen anderer Kulturkreise, Nationen und Nationalitäten für minderwertig halten. Aber unerträglich ist, dass dies öffentlich verkündet werden darf. Dafür gibt es in unserem Grundgesetz keinerlei Rechtfertigung.

Die Würde des Deutschen ist unantastbar, so steht es **nicht** im GG. Die beiden ersten Sätze lauten: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.“ Wieweit ist dieses erste Grundrecht heute gesellschaftliche Wirklichkeit? Gibt es nicht längst eine Parallelgesellschaft? Wie weit sind Gedanken und Parolen der Neonazis, der Antisemiten, Rassisten und Nationalisten schon in der bürgerlichen Gesellschaft angekommen?“

Als Beispiele dieser Entwicklung nannte ich einen Leserbrief in der Saarbr. Ztg. (siehe „F. zw. Rhein u.Saar“, Heft 3, 2014), die rassistischen Bedrohungen in Tröglitz gegen den Bürgermeister und den Seehofer Horst:

„»Wir sind nicht das Sozialamt für den Balkan!« Er war keineswegs betrunken, der Bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer, als er dies beim Aschermittwoch-Treffen unter tosendem Beifall verkündete. Im Vollbesitz seiner geistigen Fähigkeiten diffamiert er- und ich halte ihn nicht für einen Deppen. Müsste er nicht dem GG Geltung verschaffen und sich gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus wenden? Nein, ihm ist jede Wählerstimme wichtig – egal was in den Köpfen vorgeht.“ Ich endete damit, dass in vielen Städten Deutschlands Menschen gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus Zeichen setzen und dies sollte uns Mut machen, keinen Rassismus zu dulden. R.Dörrenb.

Das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen den USA und der EU

Bereits jetzt erwirtschaften die EU und die USA gemeinsam fast die Hälfte des globalen BIP (47 %). Es geht also um nicht weniger als die größte Freihandelszone der Welt. Hinzu kommt die geostrategische Dimension der TTIP. Es geht auch darum, einen starken europäisch-amerikanischen Wirtschaftsblock zu installieren, um der zunehmenden Machtfülle von Schwellenländern wie China etwas entgegenzusetzen. Es geht im Kern darum, eine neue Welle von Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen durchzusetzen. Es geht um eine Neoliberalisierung der Ökonomie im breiten Sinne, zugunsten finanzieller und industrieller Eliten und zulasten der breiten Bevölkerung und der Umwelt.

Störfaktor Transparenz: Da eine entsprechende Umstrukturierung der Ökonomie zwangsläufig den Interessen der Mehrheit widerspricht, sind die Minimierung von demokratischer Kontrolle und die Steuerung der Einflussmöglichkeiten ein bedeutendes, strategisches Element.

Generalangriff auf demokratisch erstrittene Standards
Auf den Verhandlungstisch kommt so ziemlich alles: Gesundheit, Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards, Verbraucherschutz, Finanzmarktregulierung u.v.m. Stets mit dem Ziel, unterschiedliche Standards anzugleichen - sprich: ab-



dards
zubauen.

- Eine im Agrarbereich gentechnisch gekennzeichnete auf den europäischen Markt gelangen.
- In der chemischen Industrie könnten Angleichungen dazu führen, dass das umweltschädliche „Fracking“ zur Rohstoffgewinnung zur gängigen Praxis wird.
- Die jüngsten, zaghaften Ansätze der Finanzmarktregulierung könnten durch die TTIP wieder vom Tisch gefegt werden. Vor allem in den USA könnte es so zu einer neuen De-Regulierungswelle kommen.
- Der schwache ArbeitnehmerInnen-Schutz in den USA, der sich bspw. in der Nicht-Unterzeichnung zentraler globaler Standards (ILO-Normen) widerspiegelt, könnte zu einer Aushöhlung gewerkschaftlicher Einflussmöglichkeiten in der EU führen.

Angleichung von Standards
reich könnte bspw. bedeuten, manipulierte Lebensmittel ohne

- Ein umfassender Schutz geistigen Eigentums könnte den Zugang zu Wissen exklusiver machen und den Einfluss von Banken und Konzernen auf Bildung und Wissenschaft erhöhen.
- Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (Wasser, Bildung, Gesundheit etc.) könnte es zu einer Privatisierungswelle kommen – zu erwarten wären steigende Preise und sinkende Qualität.

Konzerne klagen gegen Staaten vor privaten Schiedsgerichten. Ein Investitionsschutz-Kapitel in TTIP soll dafür sorgen, dass Klagerechte von Investoren gegen Staaten ausgebaut werden. Ähnliche Kapitel gibt in anderen Freihandelsabkommen. Allein im Jahr 2012 gab es 58 derartiger Klagen Beispiele wie die Klage von Philip Morris gegen Uruguay und Australien (gegen Warnungen vor Gesundheitsschäden auf Zigarettenpackungen die den Marktanteil negativ beeinflussen) oder jene von Vattenfall gegen Deutschland (Ausgleichszahlungen für Verluste infolge des Atomausstiegs) zeigen, wie Konzerne durch solche Klagerechte in die Lage versetzt werden, demokratische Entscheidungen, die ihre Geschäftsstrategien beeinträchtigen, zu unterwandern.

Schlussfolgerungen Kompromisse im Sinne eines Freihandelsabkommens mit hohen sozialen und ökologischen Standards sind unrealistisch. Die transatlantische, neoliberale Attacke lässt sich nicht progressiv umgestalten. Entweder es gibt ein neoliberales Abkommen, das die Interessen der Finanz- und Wirtschaftseliten bedient, oder es gibt kein Abkommen. Deshalb kann es für uns nur darum gehen, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.

Heinz Klein

Quellen:

- Attac Aufruf - "TTIP" Nein Danke
- Centre for Economic Policy Research: Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment
- Corporate Europe Observatory Who´s scripting the EU-US trade deal
- Corporate Europe Observatory: A transatlantic corporate bill of rights
- DGB: Stellungnahme zu den geplanten Verhandlungen
- Europäische Kommission: Draft Mandate, leaked version

Film: Wer rettet wen?

- Die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit-

Heinz Klein hat die Lizenz für die öffentliche nichtkommerzielle Aufführung des Filmes. Er bietet an den Film zur Verfügung zu stellen, oder vorzuführen.

Heinz Klein heinzklein.guldental@gmx.de

siehe auch: www.wer-rettet-wen.org

Luxemburg: Religionsunterricht in Schulen abgeschafft – jetzt Werteunterricht

Trotz vieler Unzulänglichkeiten – ein Anfang ist gemacht.

Laut einem Abkommen zwischen den Religionsgemeinschaften und dem Luxemburger Staat soll das bisherige Schulfach Religionslehre dem sogenannten Werteunterricht mit neutraler Wissensvermittlung weichen. Das Abkommen werde jedoch nicht von heute auf morgen umgesetzt.

Berufsverbände der Lehrer_innen und Bildungsgewerkschaften hatten nach Bekanntgabe in einem gemeinsamen Statement die Regierung zu mehr Transparenz in Bezug auf den Reformprozeß zu Trennung von Kirche und Staat aufgefordert.

Die katholische Kirche soll, so der Wille der Regierung, zukünftig für ihre Gebäude selbst aufkommen und überschüssige Räumlichkeiten für einen symbolischen Euro den Gemeinden übergeben. Insgesamt, so die Regierung, wolle man die Finanzierung der Kirchen »progressiv« abbauen.

Wirklich schockiert hat die Bildungs-Organisationen allerdings, dass die bisherigen Religionslehrer nach einer kurzen »Schulung« als Lehrer für den kommenden Werteunterricht eingesetzt werden sollen. Somit hätte sich eine seit Beginn der Diskussion um den einheitlichen Werteunterricht von der Kommunistischen Partei Luxemburg geäußerte Befürchtung bewahrheitet. Die Kommunisten hatten von Anfang an befürchtet, dieses neue Schulfach würde der Indoktrination der Kinder an öffentlichen Schulen eine Hintertür offenhalten. Sinnvoller wären mehr Schulsport oder mehr Stunden in geisteswissenschaftlichen Fächern.

Die Gewerkschaft SEW kritisierte, hier würde dem bisherigen Religionsunterricht somit lediglich ein neuer Name übergestülpt.

(R.Dörrenbecher; nach einer Meldung der Saarbr.Ztg. 21. 01.15 und Zeitung vom Letzeburger Vollek 20.01.15)

Bistum Trier: Rekord bei Kirchensteuer

Die Kirchensteuereinnahmen im Bistum sprudeln wie nie zuvor. Nach Informationen der Sbr.Ztg. rechnet das Bistum in diesem Jahr mit über 295 Millionen Euro, rund sechs Millionen Euro mehr, als im Vorjahr veranschlagt waren. Bei den Zuschüssen, Vermögenserträgen und Staatsleistungen rechnen die Verwaltungsoberen von Bischof Stephan Ackermann mit Einnahmen von insgesamt rund 90 Millionen Euro. Auf der Ausgabenseite schlagen mit 151 Millionen Euro besonders die Personalkosten ins Kontor, aber auch Bau-, Sach- und Personalkostenzuschüsse. Trotzdem rechnet die Finanzchefin Kirsten Straus mit einem Minus von 18 Mill. Euro im laufenden Jahr. (???)



aus dem
**Aufruf des Deutschen
Gewerkschaftsbundes
zum Tag der Arbeit**
Seit 125 Jahren demonstrieren die Gewerkschaften am 1. Mai für die Rechte der arbeitenden Menschen. Wir haben viel erreicht – und noch viel vor. Wir haben den Mindestlohn von

8,50 Euro durchgesetzt, der seit Januar gilt und mit dem Rentenpaket mehr soziale Gerechtigkeit erreicht. Doch das ist nicht genug. Wir stellen uns den neuen Fragen! Denn die Arbeitswelt ändert sich rasant, mit neuen Chancen, aber auch neuen Unsicherheiten.

Wir wollen diesen Wandel gemeinsam angehen – für mehr gute Arbeit, damit alle etwas davon haben.

Gute Arbeit für eine gute Zukunft!

Wir wollen die Arbeit der Zukunft gestalten!

....

Wenn Ihr die Arbeit der Zukunft gestalten wollt – macht mit!

Die deutschen Gewerkschaften rufen auf: Hinaus zum 1. Mai!

Wir wollen Gute Arbeit, sozialen Fortschritt und keinen Stillstand. Wir wollen soziale Gerechtigkeit und kein Zurück zur neoliberalen Klientelpolitik! Das gilt für alle Parteien. Sie sollen uns hören und sehen!

Gewerkschaft ver.di:

Bundesweite dezentrale Demonstration am 24. Juni 2015

Am 24./25. Juni tagt in Bad Dürkheim die Gesundheitsministerkonferenz der Länder. Ver.di will dazu die 162.000 Mitglieder zu einer bundesweiten dezentralen Aktion mobilisieren und die Gesundheitsministerkonferenz der Länder direkt erreichen: für gesetzliche Personalbemessung und die notwendigen Krankenhausinvestitionen.

Die Aktion findet statt in Bad Dürkheim und allen Klinikstandorten. ver.di kämpft seit mehreren Jahren für eine Reform des Gesundheitssystems, das diesen Begriff verdient: für mehr Personal, für Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen; für ausreichende Finanzierung der Kliniken.
(nach ver.di Newsletter Region Saar-Trier)

Zahl der Kirchnaustritte steigt

Immer mehr Katholiken und Protestanten kehren der katholischen und evangelischen Kirche den Rücken. Die Zahl der Kirchnaustritte ist deutschlandweit deutlich angestiegen. Im Saarland haben die beiden Kirchen im vergangenen Jahr nach Recherchen der Sbr.Ztg. deutlich mehr Mitglieder verloren als im Jahr zuvor.

Die Bistümer Trier und Speyer haben derzeit weder Austrittszahlen für 2014 noch Erhebungen zu den individuellen Austrittsgründen. Markus Herr, Sprecher des Bistums Speyer, vermutet aber, dass der direkte Einzug der Kirchensteuer auf Kapitalerträge für viele Katholiken der Anlass für den Austritt gewesen sein könnte.

Innerhalb der evangelischen Kirchenkreise an der Saar gab es 2014 rund 40 Prozent mehr Austritte als im Vorjahr. Auch hier habe der automatische Abzug der Kirchensteuer durch die Banken im vergangenen Jahr wohl Mitglieder zum Austritt bewogen, sagte Helmut Paulus, Sprecher der evangelischen Kirchnge-meinden an der Saar. Zugleich vermutet dieser, sie wären auch von den Skandalen der katholischen Kirche betroffen.

(nach einer Meldung der Sbr.Ztg. vom 06.02.2015)

Maßstäbe des Völkermordes

Große Aufregung umgab das Wort des Papstes Franziskus. Nannte er doch den Völkermord an den Armeniern durch das Osmanische Reich im 1. Weltkrieg „Völkermord“. Der türkische Präsident Erdogan, religiös-nationalistisch und fern demokratischer Einstellungen – empörte sich und berief den Botschafter beim Vatikan ab.

Ist der Papst schlecht informiert, oder geht es wieder einmal nur um eine „christliche Wahrheit“? Vor dem „ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts, begangen von Muslimen an den christlichen Armeniern“ (Franziskus), wurden schon Angehörige vieler Völker erbarmungslos ermordet oder in den Tod getrieben.

Von 1904-1908 führten die deutschen „Schutztruppen“ in Namibia (Deutsch-Südwest Afrika) einen vernichtenden Kolonialkrieg gegen die Herero und Nama. Beendet wurde er mit einem bewusst herbeigeführten Völkermord an den Herero. In Namibia – dort haben wohl gottesfürchtige Christenmenschen die wilden Heiden ein wenig in ihre Schranken verwiesen.

Der Völkermord an den „christlichen“ Armeniern soll jetzt auch amtlich Völkermord sein, da will auch der Deutsche Bundestag nicht mehr hinten anstehen. Zum Genozid an den Herero nimmt die Bundesregierung zur Bewertung dieses Ereignisses unverändert keine Stellung und weist etwaige Verantwortung für einen Völkermord von sich.

Projekt Stolpersteine wider das Vergessen Neunkirchen: Bauarbeiter-Azubis verlegen Stolpersteine

Vielen ist das Kunstprojekt für Europa von Gunter Demnig bekannt. „Gunter Demnig erinnert an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbstgewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing ins Trottoir einlässt. Ein Projekt, das die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, Zigeuner, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer im Nationalsozialismus lebendig erhält.

"Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist", zitiert Gunter Demnig den Talmud. Mit den Steinen ... wird die Erinnerung an die Menschen lebendig, die einst hier wohnten. Auf den Steinen steht geschrieben: **HIER WOHNTE...** Ein Stein. Ein Name. Ein Mensch.»

STOLPERSTEINE sind verlegt in Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kroatien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, der Schweiz, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Slowenien, der Ukraine und Ungarn.

Gegenwärtig sind in mehr als 1000 Orten mehr als 52.000 STOLPERSTEINE verlegt; das sind mehr als 52.000 Menschen, Opfer des Naziregimes, die dem Vergessen entrissen sind. (weitere Informationen: www.stolpersteine.com)

In der 16. und 17. Kalenderwoche war G. Demnig wieder im Saarland und Rheinland-Pfalz unterwegs, u.a. in Neunkirchen. Unter Verantwortung des



„Neunkircher Forum für Freiheit, Demokratie und Antifaschismus“ wurden dort 19 Steine verlegt. An zwei Stationen wurden die Stolpersteine ohne G. Demnig in Eigenverantwortung verlegt.

Durchgeführt wurde diese von der Abschlussklasse der Straßenbauer des Berufsbildungszentrums Neunkirchen. Die Jugendlichen hatten zuvor

im Unterricht sich inhaltlich mit dem Projekt vertraut gemacht. Eine Woche später gestalten sie gemeinsam mit dem „Forum“ eine Veranstaltung zu dem Thema.



14 Jahre alt -
dann JugendFeier!

Vorankündigung JUGENDFEIER 2016

Der Landesvorstand will im nächsten Jahr die Durchführung einer JugendFeier/Jugendweihe mit Vorbereitungstreffen anbieten. Im Herbst wird dazu ein Informationsmaterial zur Verfügung gestellt. Interessenten können schon angesprochen, bzw. geworben werden. Der konkrete Ablauf ist abhängig von den Anmeldungen.

Voranmeldungen:

- Saarland: Rainer Dörrenbecher,

Tel: 06821/52439

- Trier / Saarburg: Ann Rupp,

Tel: 06581/7314

oder Karin Gottlieb, Idar-Oberstein,

Tel: 06781/1685

- Raum Koblenz / Simmern / Daun:

Frank Notroff, Tel: 015234274003

- E-Mail Landesvorstand:

jugendfeier-rps@freidenker.org

Mitwirkende:

Musikandes • Amei Scheib • Kai Degenhardt • Sonja Gottlieb • Ernst Schwarz • Bernd Köhler (Schlauch) • Hartmut Barth-Engelbart • Dieter Klemm • Diether Dehm

Anmeldungen:

Karin Gottlieb, Frinkenstraße 9

55743 Idar-Oberstein

Tel.: 06781 1685, Fax 06781 70589

linker-liersommer@freidenker.org

Freidenker

Deutscher Freidenker-Verband

www.linker-liersommer-waldeck.de